

Die Gesundung von  
Wirtschaft und  
Arbeitsmarkt bedarf der  
Anstrengung  
jedes Einzelnen

## Therapie mit bitteren Pillen

Peter von der Heydt

Jedermann weiß im Grunde, dass es nicht möglich ist, auf Dauer über seine Verhältnisse zu leben, permanent mehr auszugeben als einzunehmen. Diese Grundeinsicht gilt nicht nur für Einzelpersonen, Familien und Unternehmen, sondern für alle Institutionen, die mit Geld umgehen, das heißt natürlich auch für staatliche Einrichtungen und für Staaten. Aber dennoch gab sich das deutsche Wahlvolk eine ganze Generation lang der Illusion hin, als herrschten im Bereich der öffentlichen Kassen andere Regeln. Schlimmer noch: Eine große Mehrheit der Wähler verdrängte alle Ratschläge von Ökonomen und wehrte sich gegen die Ermahnungen aus den Minderheiten der Parteien, der Wissenschaft und Publizistik, zur öffentlichen Finanzdisziplin zurückzukehren. Die Bundesregierungen und Bundestage der letzten drei Jahrzehnte beugten sich im Endeffekt – wie es scheint, gerne – dem illusionären mehrheitlichen Volkswillen, spielten ihm gegenüber den scheinbar gültigen Sankt Nikolaus und bewerkstelligten (guten Gewissens?) den Besorgnis erregenden Marsch in den Schuldenstaat. Per saldo hinterlässt die gegenwärtig lebende Erwachsenengeneration ihren Kindern und Enkeln zwar ein ansehnliches Erbe, aber gleichzeitig eine auch im Verhältnis dazu viel zu schwere Schuldenlast.

Wenn im privaten Bereich die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, folgt früher oder später die Pleite. Sie kann nur abgewendet werden, wenn die Ausgaben rechtzeitig reduziert oder die Einnahmen

erhöht werden, wenn man sich also so manchen Luxus verknüpft oder mehr arbeitet. Auf der staatlichen Ebene gibt es zwar kein förmliches Insolvenzverfahren, aber inzwischen wächst in breiter werdenden Kreisen der Bevölkerung und in den großen Parteien aus der Beklemmung heraus nun doch endlich die Einsicht, dass die ökonomischen Grundregeln auch für die öffentliche Hand gelten. Unterstützt wird diese späte Erkenntnis durch den zur Sicherung der Währung geschaffenen europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der die Mitgliedsstaaten der Euro-Zone verpflichtet, Stabilitätspolitik zu betreiben und Haushaltsdisziplin zu wahren. Also müssen die konsumptiven staatlichen Ausgaben vor allem im sozialen Bereich und bei den Subventionen zurückgeschnitten werden. Denn staatliche Einnahmensteigerungen ohne weitere Neuverschuldung für Bund, Länder und Gemeinden sind nur dann möglich, wenn die Leistungsbereitschaft des privaten Sektors dies hergibt, das heißt mit anderen Worten, wenn die Bereitschaft entstände, für gleiches Geld mehr zu arbeiten. Ob beziehungsweise inwieweit es dazu kommen wird, ist eine spannende, noch offene Frage.

Vernünftigen Menschen war von Anfang an klar, dass die Ansprüche an ein ständig wachsendes Lohn- und Konsumniveau und die gleichzeitige Durchsetzung von immer mehr Freizeit für alle auf die Dauer nicht miteinander vereinbar sind. Auch weniger Vernünftigen scheint nunmehr zu dämmern, dass weitere Er-

höhungen von Löhnen und Gehältern, ja selbst die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Kaufkraftniveaus nur noch möglich ist, wenn die Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit wieder verlängert wird.

Betrachtet man die Arbeitszeiten im internationalen Vergleich, so ist nicht einzusehen, warum wir Deutsche nicht wieder mehr arbeiten sollten. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt in Deutschland bei knapp 38, in den USA bei vierzig und in der Schweiz bei 40,5 Stunden. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit beträgt in Deutschland 1467, in Großbritannien 1711 und in den USA 1821 Stunden. Kaum ein Land der Welt hat so viele bezahlte Urlaubs- und Feiertage pro Jahr wie Deutschland. Dreizehn Feier- und dreißig Urlaubstagen in Deutschland stehen neun Feier- und 24,5 Urlaubstage in Großbritannien sowie elf Feier- und zwölf Urlaubstage in den USA gegenüber. Die durchschnittliche Lebensarbeitszeit der Deutschen liegt mit rund 37 Jahren, bei Akademikern sogar nur rund 32 Jahren weit unter den Zeiten vergleichbarer Länder. Das liegt vor allem daran, dass die schulische, berufliche und akademische Ausbildung in Deutschland länger dauert als anderswo. Hinzu kommt, dass das durchschnittliche Renten- und Pensionseintrittsalter in Deutschland derzeit bei sechzig, in den USA beispielsweise bei 65 Jahren liegt.

Inzwischen blickt das Volk verängstigt auf die sich abzeichnenden, zum Teil schmerzlichen Folgen der nun zerplatzenden Illusionen. Der Diagnose folgt die Therapie mit all ihren bitteren Pillen.

Der Politik allein wird die Heilung nicht zugetraut. Den Versprechungen der politischen Parteien steht ein wachsender Teil der Bevölkerung immer skeptischer gegenüber. Es leuchtet vielen Menschen einfach nicht mehr ein, wenn von einigen Repräsentanten des Staates immer noch behauptet wird, bald gäbe es wieder ei-

nen kräftigen Konjunkturaufschwung, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung und damit automatisch die Lösung aller Probleme ohne Opfer und Anstrengungen. Da dies so ist, muss die Gesundung der kranken Zustände von Kräften der Gesellschaft selbst ins Werk gesetzt werden.

## Ursachenanalyse

Es ist typisch für eine plurale offene Gesellschaft, dass sich niemand für die eingetretene schwierige Lage verantwortlich fühlt und dies öffentlich eingesteht. Jeder zeigt anklagend auf den anderen. Konsens besteht ohnedies nur darüber, was man nicht will. Von einer wirklichen Übereinstimmung im Denken und Handeln kann keine Rede sein. Es macht wenig Sinn zu fragen, an wem es gelegen hat, dass die gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie das Gesundheitswesen nicht rechtzeitig reformiert wurden, die Arbeitslosigkeit so dramatisch angewachsen ist und die Staatsschulden so maßlos explodierten. Sinnvoller scheint es dagegen zu sein, der Frage nachzugehen, was zu dem Zustand geführt hat, in dem wir uns heute befinden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands stellte uns ab 1989/1990 vor riesige Aufgaben. Die DDR bot beim Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ein katastrophales Bild. Ihre marode Infrastruktur an Straßen, Bausubstanz, Umwelt und maschineller Ausrüstung bedurfte einer grundlegenden Sanierung. Es gab und gibt immer noch mehr als genug zu tun, um die Schäden des zusammengebrochenen Versorgungsstaates DDR zu beheben und dort blühende Landschaften zu schaffen. An Beschäftigungsmöglichkeiten war und ist in diesem Sinne grundsätzlich kein Mangel. Das ganze Volk wollte zwar die Wiedervereinigung, aber zur nationalen Kraftanstrengung etwa in Form von ausreichend

höheren Steuern oder entsprechender Mehrarbeit zur Überwindung der Schäden, die der Kommunismus hinterlassen hatte, war es nicht bereit.

Dass Arbeit knapp sei und Arbeitsplätze deshalb gerecht verteilt werden müssten, ist ein Grundirrtum. Dass mit Arbeitszeitverkürzungen kein höherer Beschäftigungsgrad und erst recht kein zusätzliches Bruttosozialprodukt zu erwirtschaften ist, war einer Mehrheit hier zu Lande lange Zeit nicht klarzumachen. Die IG Metall glaubte sogar bis vor einigen Wochen noch an den „Segen“ der 35-Stunden-Woche. Sie versuchte vergeblich, diesen Irrtum mit Streiks in den östlichen Bundesländern durchzusetzen. Es waren vernünftige Betriebsräte und endlich auch einmal standhafte Arbeitgeber, die den Gewerkschaftsführern diesmal die Stirn boten. Aber immer noch wirken die altvertrauten Reflexe nach. Gegen den kürzlich gemachten Vorschlag, den einen oder anderen Feiertag zu streichen, erhob sich sofort wieder ein Sturm der Entrüstung, den Gewerkschafter und Kleriker anführen und der in der Bevölkerung breite Unterstützung fand.

Das an sich edle Streben nach „sozialer Gerechtigkeit“ ist für die Deutschen seit eh und je ein anerkanntes großes Anliegen. Leider geht es oft mit einer ausgesprochenen Neigung zum Sozialneid einher. Die populären Vorstellungen, wie „soziale Gerechtigkeit“ bewerkstelligt werden soll, sind deshalb immer diffus geblieben. Im Endeffekt bewegten sich die Tarifvertragsparteien mit ihren Flächentarifen in drei Richtungen: Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und Einkommensnivellierung, die als soziale Gerechtigkeitskomponenten ausgegeben wurde, in Wahrheit aber auf eine Absage an leistungsgerechte Entlohnung hinausläuft. Dass damit auch Leistungsanreize beseitigt, Investitionen erschwert und Unternehmen in Gefahr gebracht worden sind, wurde lange Zeit nicht eingesehen.

Es ist in diesem Zusammenhang auch signifikant, dass immer noch vom „Arbeitsmarkt“ gesprochen wird, obwohl die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf dem Gebiet bezahlter Beschäftigungsverhältnisse schon lange fast alle Marktmechanismen außer Kraft gesetzt haben.

Ein Weiteres fällt besonders schwer ins Gewicht: Uns ist offensichtlich die Einsicht abhanden gekommen, dass in einem sozialen Rechtsstaat das Subsidiaritätsprinzip beachtet werden muss. Pius XI. hat in seiner päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo Anno* schon im Jahr 1931 erklärt, dass das, was der Einzelne selbst bewerkstelligen kann, nicht verstaatlicht beziehungsweise vergemeinschaftet werden darf. Und die Begründung war ebenso überzeugend: Einzelpersonen sind in ihrem eigenen Umfeld verantwortungsfähig, Kollektive tendieren immer zur Verantwortungsverweigerung. Sinnvoller sozialstaatlicher Umverteilung sind Grenzen gesetzt. Wenn diese überschritten werden, wird das öffentliche Wohl beschädigt.

## Arbeit als Fluch

Wo die Ratio an ihre Grenzen stößt, entfalten sich die Kräfte des Irrationalen. Das Rätselhafte rund um Wirtschaft und Arbeit ist keineswegs nur ein Phänomen der Gegenwart. Uralte Mythen wirken sich bis heute auf die Einstellung der Menschen zur Arbeit aus. Schon in der biblischen Schöpfungsgeschichte ist von der Arbeit als Fluch die Rede, die als Strafe über die Menschheit verhängt wurde. Jesus von Nazareth lehrte seine Jünger, sie sollten die Arbeit im väterlichen Fischereibetrieb aufgeben, ihm nachfolgen und nicht für den morgigen Tag sorgen. In der Antike und im Mittelalter gehörte es zu den Privilegien der Oberschicht, nicht arbeiten zu müssen, sondern sich „freien“ Tätigkeiten widmen zu dürfen, zu denen unter anderem die Wissenschaften, die Künste, die Politik und das Kriegshand-

werk zählten. Schon Aristoteles träumte von der Abschaffung der lästigen Arbeit durch Automatisierung. Erst mit der Reformation und der beginnenden Neuzeit erhielt die Arbeit im Denken der Menschen einen positiveren Status. Die protestantische, insbesondere die calvinistische Doktrin stellte die Arbeit als Chance zur Lebensentfaltung, zum Statusgewinn vor den Mitmenschen und zum Gnadenerweis Gottes heraus.

## Recht auf Arbeit

Die Aufklärer des 18. und 19. Jahrhunderts erhoben die Arbeit zur Sinninstanz. Das puritanische Amerika mit seiner Neigung zum Moralisieren kreierte den „law abiding, hard working citizen“ als Musterknabe der Nation. Seit dieser halb religiös, halb rationalistisch motivierten „Heiligsprechung“ der Arbeit, die fast überall auf der nördlichen Halbkugel unserer Erde zum Leitmotiv wurde, halten es demokratisch populistische Regierungen für ihre vornehmste Aufgabe, all ihre Bürger mit Arbeit zu „versorgen“. Die vereinfachte Formel für Regierende heißt seither: Wer Vollbeschäftigung „schafft“, wird wieder gewählt, Massenarbeitslosigkeit führt zur Abwahl. Folgerichtig hat sich die Einstellung festgesetzt, dass es ein persönlicher Makel sei, keinen Arbeitsplatz zu haben. Viele Arbeitslose fühlen sich ungerechterweise von der Gesellschaft ausgestoßen. Sie leiten daraus nicht nur den Anspruch auf finanzielle Versorgung ab, sondern fordern zudem ihr Recht auf Arbeit ein.

Für die Ostdeutschen, die das „Arbeiter-und-Bauern-Paradies“ kannten, in dem alle einen Arbeitsplatz hatten, war der Verlust ihres Arbeitsplatzes nach der Wende ein besonders schwer wiegendes Trauma, sie empfanden ihre Entlassungen als himmelschreiende Ungerechtigkeit. Viele ahnten zwar, dass das DDR-System alles andere als effizient war, aber

dennoch sehnen sie sich bis auf den heutigen Tag nach der altvertrauten Kollegialität und Solidarität zurück.

Nach der offiziellen Statistik liegt die Arbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern mit rund zwanzig Prozent der Erwerbsbevölkerung etwa doppelt so hoch wie im westlichen Teil der Bundesrepublik. Manche meinen nun, wenn man jene Ostdeutschen dazuzähle, die durch Umschulungen und künstliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht in der offiziellen Statistik auftauchen, betrage die Beschäftigungslosigkeit in der „ehemaligen DDR“ nicht zwanzig, sondern in Wirklichkeit gut und gern an die fünfzig Prozent. Wenn man jedoch andererseits bedenkt, dass der Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung im Osten etwa doppelt so hoch lag wie im Westen, so ergibt sich für Ost und West heutzutage eine etwa gleich hohe Beschäftigungsquote der Bevölkerung. Diese Tatsache wird in der Öffentlichkeit geflissentlich verdrängt, vermutlich weil man befürchtet, dass dieser Umstand im Westen unseres Landes Ressentiments gegen die Sozialtransfers zugunsten der ostdeutschen Landsleute auslösen könnte.

Wenn der Staat sich nolens volens auf seine eigentlichen Kernaufgaben beschränkt, die Staatsquote schrittweise auf etwa 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückgeführt wird, wenn der Gesetzgeber und die großen Verbände auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite die Flächentarife weiter für betriebliche Bündnisse für Arbeit öffnen, die individuelle Lohn- und Arbeitszeitvereinbarungen möglich machen, dann eröffnen sich völlig neue positive Perspektiven.

Dann können die Bürger selbstverantwortlich entscheiden, ob sie sich wie die frühere Generation für ein „besseres Leben“ anstrengen wollen. Es gibt eigentlich keinen guten Grund, daran zu zweifeln.